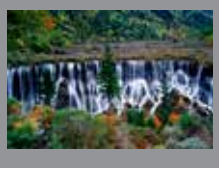
Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Nr. 19 - 2013

Richard Boljahn
Ein Urgestein
Seite 3



Wasserprivatisierung droht - EU-Bürger sagen nein!
Seite 8

Gewalt in der Pflege
Oft fehlt der Beweis
Seite 14

Wasserprivatisierung droht!

Liebe Leserin, lieber Leser,

Editorial

dies ist unsere 19. Ausgabe. In dieser Nummer verfolgen wir weiterhin die sozialen Kämpfe in Europa und die Privatisierung des öffentlichen Eigentums am Beispiel Wasser. In der Rubrik „Wir erinnern uns" schreiben wir über den bekannten Gerwerkschafter und Sozialdemokraten Richard Boljahn. Da es sich bei Richard um einen Kämpfer für sozialen Wohnungsbau in Bremen handelt, haben wir ihm mehr Platz eingeräumt, als es in dieser Rubrik sonst üblich ist.

Wir beschäftigen uns außerdem mit den Themen Rentenanpassung, Weiterbildung für ältere Kollegen an der Universität, Gewalt in den Pflegeheimen u.a.

Wir wünschen Euch einen kämpferischen 1. Mai.

In eigener Sache

Alle Ausgaben unserer Zeitung „Wir" sind im Internet als PDF-Dateien einsehbar:
www.aulbremen.de/seniorenzeitung-wir
Viel Spaß beim Lesen. Wir freuen uns wie immer über Eure Anregungen, Artikel und Briefe.

Inhalt

Richard Boljahn - Ein Urgestein der Bremer Sozialdemokratie 3

Auszüge aus der Debatte vom 23. März 1955 5

Erinnerungen an einen großen Bremer Gewerkschafter 6

Wasserprivatisierung droht 8

Blick aus Italien auf Italien 11

Ins Beinhaus der Geschichte versetzt 12

Europa in Bremen - Bremen in Europa 13

WIR Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven und Europa 14

Gewalt in der Pflege: Oft fehlt der Beweis 17

Forschungprojekt über die Klöckner-Hütte 19

Rentenanpassung zum 1. Juli 2013 20

Neue Welten für Wissendurstige 22

Leserbrief 23

Richard Boljahn - Ein Urgestein der Bremer Sozialdemokratie

Von Horst Isola

„Den Starken wirft kein Schicksal um, es reißt ihn höchsten mal herum“ – nichts konnte wohl besser den Charakter und die Lebensphilosophie des Vollblutpolitikers Richard Boljahn auf den Punkt bringen wie dieser auf seinem Schreibtisch gerahmt stehende Leitspruch. Im Oktober vergangenen Jahres wäre er 100 Jahre alt geworden. Tatsächlich verstarb am 19.10.1992 knapp vor Vollendung seines 80. Lebensjahres. Schon in seiner Jugendzeit hoch politisiert, trat er bereits im Alter von 15 Jahren in die Sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftsjugend ein, drei Jahre später in die SPD. Sein linkes politisches Engagement führte dazu, dass ihn 1934 die Nazis kurzfristig einsperrten.

Nach seiner Ausbildung zum Klempner und Installateur wurde er Soldat. Sein erlernter Beruf führte ihn nach dem Krieg zu den Borgwardwerken, doch bereits kurze Zeit später wurde er Mitglied des DGB-Ortsvereins Bremen und bei den ersten Bürgerschaftswahlen nach dem Kriege 1946 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Es folgte ein rasanter politischer Aufstieg: 1951 Fraktionsvorsitzender – diesen Posten sollte er 18 Jahre innehaben, 1953 geschäftsführender Vorsitzender des DGB-Ortsvereins Bremen, im selben Jahr Vorsitzender des Aufsichtrats der GEWOBA.

Vor allem in dieser Funktion machte er sich ans Werk, die durch Kriegseinwirkungen dramatisch schlechten Wohnbedingungen in Bremen zu verbessern. Der Artikel 14 der Bremischen Landesverfassung („Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruch zu fördern.“) war für ihn kein bloßes Lippenbekenntnis, sondern verbindliche Handlungsmaxime. Neben dem Wiederaufbau der Häfen gehörte für ihn die Schaffung menschenwürdigen Wohnraums im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zum Kernbereich sozialdemokratischer praktischer Politik. Bad oder Dusche, fließend warmes und kaltes

Richard Boljahn
Foto: Staatsarchiv Bremen

Wasser, Loggia oder Balkon, das war das Muster für ein gigantisches Neubauprojekt in der Neuen Vahr, nicht zu vergessen seine geniale Idee des Einsatzes von Fernwärme: damit hatten 40.000 Menschen ein Zuhause zu bezahlbaren Bedingungen für „den kleinen Mann“ – der Stadtteil „Neue Vahr“ machte Bremen als Stadt des sozialen Wohnungsbaus in ganz Europa bekannt und ist auch noch bis heute für viele Bremer und Bremerinnen Grund, sozialdemokratisch zu wählen. Weiter Projekte folgten: Wiederaufbau der westlichen Vorstadt (mit 14.000 Neubauwohnungen), Bau des Goethe-Theaters des Zentralbades und schließlich der Stadthalle (übrigens gegen die Skepsis Wilhelm Kaisens: “Das wird nichts!“)

Dem Lob und der Anerkennung seiner Politik für Leute aus bescheidenen Verhältnissen folgte Anfang der sechziger Jahre zunehmend Kritik an seiner Ämterhäufung und sein öffentliches Gebaren. Was Richard Boljahn nicht hinderte, auf einem Landesparteitag der SPD am 25. März 1964 öffentlich den Rücktritt des

damals 76-jährigen Wilhelm Kaisen zu fordern, was dieser auch prompt tat. Die Probleme für „König Richard“, wie er von seinen Anhängern liebevoll genannt wurde, begannen sich zu häufen. Richtig Ärger und seine erste große Niederlage gab es für ihn mit seinen Plänen für eine Großwohnsiedlung Hollerstadt mit 15.000 Wohneinheiten. Die 1969 folgende sogenannte Baulandaffäre war dann der Anfang vom Ende einer großartigen politischen Laufbahn. 1971 trat er als DGB-Vorsitzender zurück. Gleichzeitig legte er sein Bürgerschaftsmandat nieder.

Was bleibt uns heute von diesem Politiker und seiner Zeit? Außer der „Richard-Boljahn-Allee“ ein durchaus differenziertes Bild. Zunächst einmal die Lehre, dass die zu Recht seinerzeit gegen ihn erhobenen Vorwürfe des Machtmissbrauchs und der Ämterhäufung auch Rückschlüsse auf die damalige Verfassung der SPD in Sachen Parteidemokratie und mangelnden Kontrolle ihrer Repräsentanten zuließen. Bis Anfang der 70iger Jahre kontrollierte nicht die Basis die Parteiführung, sondern einige wenige Genossen die Basis. Das konnte auf Dauer nicht gut gehen. Daraus hat die Bremer SPD seinerzeit die notwendigen Konsequenzen gezogen.

Trotzdem bleibt die großartige Lebensleistung dieses Mannes unvergessen. Richard Boljahn war in der Zeit nach dem Kriege, des Hungers und des Elends ein Glücksfall für Bremen. Nicht hoch intellektuelle Reden waren sein Credo, sondern politisches Ärmelaufkrempeln und praktisches Handeln. Er faselte nicht von dem Spruch „Näher bei den Menschen“, er praktizierte ihn. Konturlosigkeit und Leisetreterei als politisches Programm war für ihn undenkbar. Sein Vermächtnis, dass Bremen nicht zur politischen Provinz im Kreise der Bundesländer verkommen darf, steht bis heute als Mahnung für die politischen Akteure der Gegenwart im Raum.

Das sagt mir jetzt nichts

Auf der Suche nach einem oder mehreren Fotos von Richard Boljahn für unsere nächste Ausgabe der WIR ging ich zur Gewoba-Zentrale am Remberti-Ring. Hier bei der Gewoba war Richard lange Jahre Chef des Aufsichtsrats.

Unten im Empfangsbereich - ein freundlicher junger Mann. Ich stelle mich vor und frage ihn: „Kennen sie den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Richard Boljahn? Wir brauchen für einen Artikel über ihn ein oder zwei Bilder.“ „Der Name sagt mir jetzt nichts,“ sagt mir der junge Mann. Meine Frage: „Wer könnte mir denn weiterhelfen. Hier im Hause müsste es doch einige Bilder von ihm geben.“ Er telefoniert, offenbar mit ganz oben. Nach einer kurzen Zeit schickt er mich nach oben in die zwölfte Etage zum Managment. Dort erwartet mich eine junge Frau. „Der Name sagt mir jetzt nichts. Moment, ich frag mal nach.“ Nach kurzer Zeit kehrt sie zurück und meint, ich solle doch mal zum Staatsarchiv gehen. Das sei hier ganz in der Nähe.

Auf dem Weg nach unten komme ich am Betriebsratsbüro vorbei. Ich denke, die kennen Richard ganz bestimmt. Ein junger Mann hinter einem Schreibtisch : „Der Name sagt mir jetzt nichts.“ Dann kommt aus dem Nebenzimmer eine etwas ältere Kollegin – Betriebsrätin: „Richard Boljahn, ja den Namen kenne ich. Ich bin in der Gewerkschaft, in der IG BAU. Das finde ich aber gut, dass ihr mal was über Richard Boljahn schreibt, das interessiert mich sehr. Bitte gebt mir dann eine Ausgabe eurer Zeitung WIR.“ Ein Bild von Richard hat sie aber auch nicht.

Im Staatsarchiv bin ich dann aber anschließend fündig geworden. Dank an Boris Löffler vom Bildarchiv. Er konnte mir sofort helfen und eine Auswahl von mehreren Fotos zeigen.

„Aber denken Sie bitte an den Urheberschutz für die Bilder“, sagt er mir zum Abschied.

Hugo Köser

Aus der Debatte vom 23. März 1955 in der Bremischen Bürgerschaft

Foto: Staatsarchiv Bremen

Richard Boljahn, SPD:

Die gemeinsamen Anstrengungen von Bürgerschaft und Senat haben es vor allem in den Jahren nach 1948 ermöglicht, in großzügiger Weise den **Wiederaufbau** der Freien Hansestadt Bremen vorzunehmen. Tausende und aber tausende von neu erstellten Wohnungen zeugen von der Gemeinschaftsleistung unserer Bürger.

Der **soziale Wohnungsbau** ist nach wie vor die Aufgabe Nr. 1 für die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion. Im Außerordentlichen Haushalt wurden 10 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau eingesetzt. Meine Damen und Herren, wir bekennen voller Stolz: durch unsere Initiative ist es fertiggebracht worden, daß über 89 Millionen zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden konnten. Hier haben wir als Musterbeispiel die Frage des Städtebaues durch die Gestellung der Mittel ein entscheidendes Stück vorangetrieben.

Kühne, CDU:

Ich komme noch zu dem Außerordentlichen Haushalt. Da klang das heute morgen so, Herr Boljahn, als wenn Sie ganz allein den Westen aufbauen.

(Herr Boljahn: Gegen Ihren Widerstand , Herr Kühne!)

Genau das Gegenteil ist der Fall. Vor fünf Jahren haben wir den Antrag gestellt, mit dem Westen anzufangen, und nachdem wir angefangen sind

(Anhaltende Zurufe von der SPD, Gegenrufe im übrigen Hause)

Sie wissen ganz genau, Herr Boljahn, daß wir keine Freunde der **Hochhäuser** sind. Ihre neuen Stadtgebilde, die Sie aufstellen wollen, und die nach Ihren Angaben hundert Jahre stehen, die werden noch länger stehen als hundert Jahre. Wir wollen uns nach zwanzig Jahren wieder sprechen.

Meyer-Buer, KPD:

Die Finanzverwaltung betrügt sich selbst und täuscht die Öffentlichkeit, wenn sie behauptet, die Anleihen und die Darlehen ….

Die Anleihen für den Wohnungsbau sind notwendig geworden, weil die normalen bremischen Haushaltsmittel durch die Ansprüche des Bundes für die Finanzierung der Wiederbewaffnung Westdeutschlands aufgezehrt werden.

Duckwitz, DP:

Wenn Herr Boljahn hier eben erwähnt hat, daß meine Fraktion sich gegen Schulpaläste gewehrt hat, so ist dies richtig. Wir sind der Meinung, daß der Bau von Schulpalästen zur Folge hat, daß Tausende von Kindern länger warten müssen und in gänzlich unzureichenden Schulräumen ihr Dasein verbringen. Richtiger wäre gewesen, in der Beziehung -

(Herr Boljahn: - Baracken zu bauen!)

Erinnerungen an einen fast vergessenen großen Bremer Gewerkschafter

Heinz Meinking

Am 2. Mai 1955 begann ich meine Arbeit als Jugendsekretär beim DGB, zuständig für die Jugendarbeit im Lande Bremen und in den angrenzenden DGB-Kreisen. Ich kam aus der Kleinstadt Nienburg/Weser und kannte Bremen und die besonderen politischen Verhältnisse nicht. Auch Richard Boljahn hatte ich davor nur ein einziges Mal getroffen in einer Sitzung des DGB-Landesbezirksvorstandes im Februar 1955 in Hannover. Er und andere Vorstandsmitglieder, darunter Otto Brenner, wollten mir klarmachen, dass es für mich besser wäre, Jugendsekretär in Bremen zu werden statt, wie geplant, in Aurich. Richard Boljahn sagte mir seine persönliche Unterstützung zu. Nach knapp zwei Stunden hatte ich mich für Bremen entschieden.

Im Gewerkschaftshaus bezog ich ein Büro neben dem von Richard. Zu direkten persönlichen Gesprächen kam es aber nur sehr selten. Richard war immer unter Dampf. Er war ja nicht nur DGB-Kreisvorsitzender, sondern auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEWOBA, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Mitglied im Rundfunkrat von Radio Bremen.

Eines Abends hatten wir Gelegenheit, über seine vielfältigen Aufgaben zu reden. Auf meine entsprechenden Fragen antwortete er sinngemäß: "Wenn du etwas gewerkschaftlich und politisch erreichen willst, brauchst du Macht. Ich will etwas für die Arbeitnehmer erreichen. Uns schenkt keiner was. Wir müssen uns alles erkämpfen. Sieh dir unsere zerstörte Stadt an, besonders die kaputten Arbeiterwohngebiete. Wenn du das gesehen hast, dann weißt du, was zu tun ist. Wir haben eine große Wohnungsnot. Eine Demokratie braucht Vollbeschäftigung, sie braucht gute und gesunde Wohnungen für die Arbeitnehmer und ihre Familien, sie braucht starke Gewerkschaften und eine Partei, die das unterstützt. Die SPD will das. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass wir im Parlament die entsprechende Mehrheit dafür bekommen.

Nehmen wir den Wohnungsbau. Der Wiederaufbau gibt uns Gelegenheit, vieles besser zu machen. Ich weiß wovon ich rede. Ich bin in Gröpelingen groß geworden. Bei uns war am Sonnabend Famlienbadetag und die große Zinkbadewanne stand in der Küche. Ich will keine Wohnung mehr ohne Bad, WC und Balkon. Im Bremer Westen haben wir damit angefangen. Aber wir müssen noch besser und schneller werden. Dafür brauchen wir auch unsere eigene Wohnungsbaugesellschaft, wie die GEWOBA und wir brauchen die Zustim-

Fotos: aus eine Broschüre IG BSE

mung in der Bürgerschaft. Wie gesagt, uns wird nichts geschenkt!“

Der Soziale Wohnungsbau stand immer im Vordergrund von Richards gewerkschaftlichem und politischen Handeln. Tausende von Arbeitnehmern konnten in den 50er, 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts eine moderne und bezahlbare Wohnung in fast allen Stadtteilen beziehen: in der Gartenstadt Vahr, in der Gartenstadt Süd, in Walle, in Gröpelingen, in Bremen Nord, in Huchting, in Blockdiek und vor allem in der Neuen Vahr, hier mit 10.000 Wohnungen.

So wurde Bremen in der Bundesrepublik die „Stadt des Sozialen Wohnungsbaus“.

Das ist auch ein Verdienst von Richard Boljahn. Die Übernahme der GEWOBA in die Neue Heimat wollte er verhindern. “Das geht nicht gut, das wird scheitern!“, sagte er. Er sollte Recht behalten. Gut, dass nach dem Zusammenbruch der Neuen Heimat und einigen Wirren die GEWOBA für Bremen im öffentlichen Besitz erhalten werden konnte und nicht, wie CDU und FDP es wollten und immer noch wollen, privatisiert wurde.

Zu der heutigen Debatte um bezahlbare Wohnungen würde er wahrscheinlich sagen: “Da müssen wir sofort ran. Grundstücke sind da. Runter mit den Preisen der Grundstücke, die sich in öffentlicher Hand befinden.“

Doch man sollte Richard Boljahn nicht nur mit seinen baupolitischen Aktivitäten sehen. Er war Gewerkschafter aus Überzeugung, stets bestens informiert über Wirtschafts- und Sozialpolitik und das Geschehen im DGB, örtlich und zentral. Wichtig war ihm auch die Jugendarbeit. Stets war er offen für neue Ideen.

Zwei Ereignisse sind mir gut in Erinnerung. Ich meine, dass es im Jahre 1958 war, als wir im Ortsjugendausschuss zu der Meinung kamen, dass wir am 1. Mai auf den Festredner verzichten könnten. Wir stellten uns eine etwas andere Art der Maifeier vor. Die Forderungen der Gewerkschaften sollten durch die Jugend vorgetragen werden. Richard war kritisch, aber wir konnten ihn überzeugen. „Dann macht das mal!“, war seine Antwort. Und wir machten es. Den Text in Form eines Sprechchores schrieb Hans Dohrenbusch, damals Chefredakteur der DGB-Jugendzeitschrift „AUFWÄRTS“. Die Einstudierung und Mitwirkung übernahmen Beate Lenders und Eberhard von Gagern, beide Schauspieler am Bremer Theater. Die Darbietung kam gut an.

1962 oder 1963 wurde im DGB-Kreisvorstand wieder einmal ein Redner für den 1. Mai gesucht, was recht schwierig schien. Ich machte den Vorschlag, den schwedischen Erziehungsminister Olof Palme einzuladen. Ich hatte ihn 1961 bei einem deutsch-schwedischen Jugendseminar in Stockholm kennen gelernt und er hatte auf mich großen Eindruck gemacht. Der Vorstand stimmte zu und Olof Palme sprach am 1. Mai auf dem Domshof vor Tausenden von Zuhörern.

Auch wenn die gewerkschaftliche und politische Arbeit Richard Boljahns 1971 kein glückliches Ende fand, sein Engagement für die Arbeitnehmer sollte in Bremen und im Gewerkschaftshaus nicht vergessen werden.

Wasserprivatisierung droht - EU- Bürger sagen nein!

Traudel Kassel

Menschen in Europa haben die erste Europäische Bürgerinitiative ins Leben gerufen und innerhalb weniger Monate die entscheidende Hürde von einer Million Unterschriften genommen: Bis zum Erscheinen der aktuellen WIR-Zeitung werden es schon einige Hunderttausend mehr sein. Das nächste Ziel heißt zwei Millionen. Bis November 2013 kann weiter gesammelt werden. Das ist auch nötig, denn es muss auch eine nach Bevölkerungszahl festgelegte Zahl an Unterschriften aus mindestens sieben der 27 EU-Mitgliedstaaten erreicht werden. Bisher stammt die überwältigende Mehrheit aber aus Deutschland und Österreich. Wie ist es dazu gekommen?

Die Initiatoren sind keine Einzelpersonen, sondern u.a. der Europäische Gewerkschaftsverband für den Öffentlichen Dienst (EGÖD) und dessen europäischen Mitgliedsgewerkschaften (in Deutschland ver.di) mit Unterstützung verschiedener Nichtregierungsorganisationen, u.a. attac. Sie nutzen damit eine Möglichkeit der Bürgerbeteiligung in der EU, die erst durch den Lissabon-Vertrag geschaffen wurde und seit April 2012 in Kraft ist.

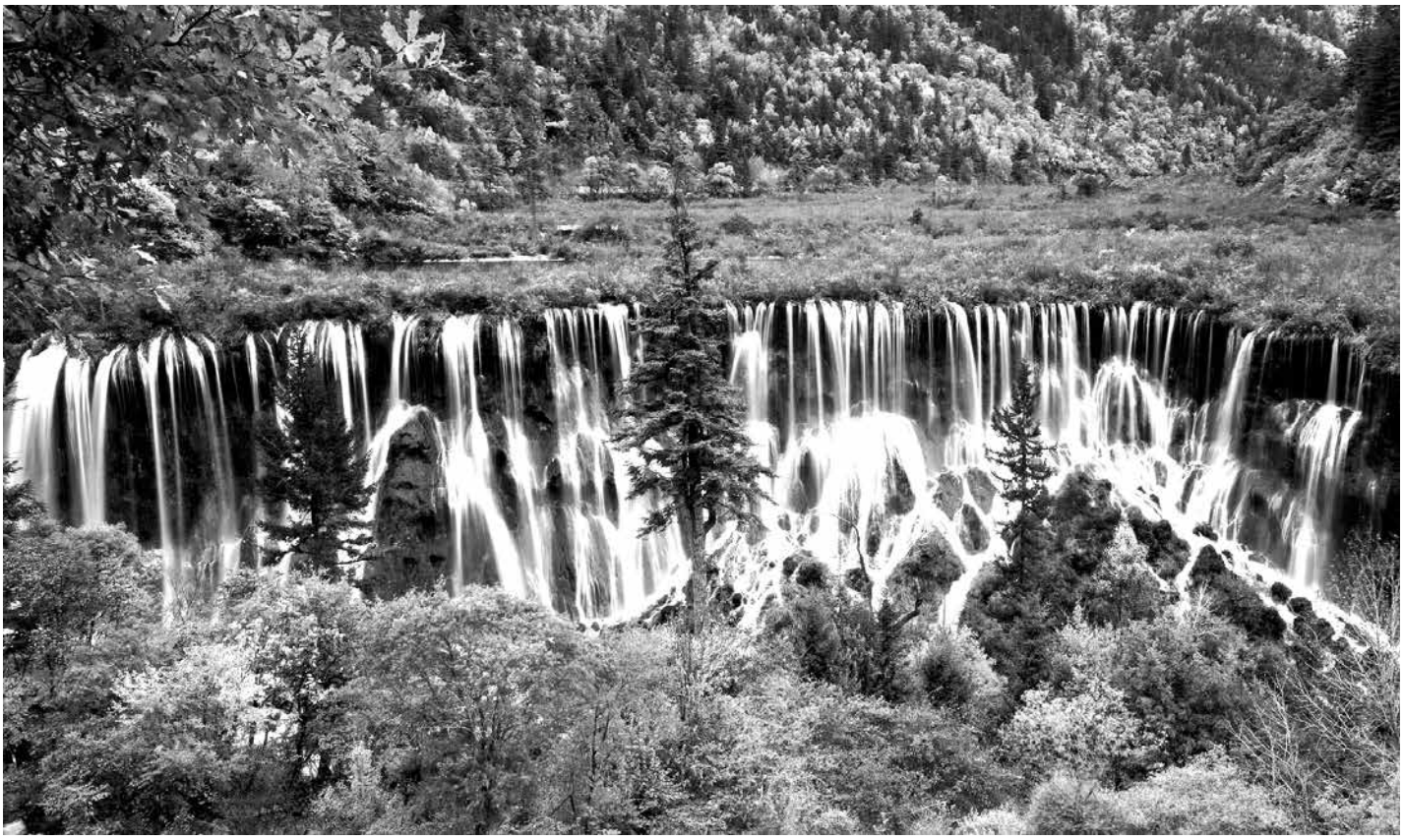
Wenn die Initiative Erfolg hat, muss sich die Europäische Kommission mit dem Anliegen der Initiative befassen. Auch wird damit eine öffentliche Anhörung im Europaparlament erreicht. Das bedeutet keine Erzwingung beim Gesetzgebungsverfahren, aber eine breite öffentliche Diskussion, wie es sie nicht oft bei Vorhaben der EU-Kommission gegeben hat. Sozusagen öffentliche Lobbyarbeit im Interesse der EU-Bevölkerungen. Im Unterschied zur erfolgreichen Lobbyarbeit der Privatwirtschaft, die eher das Licht der großen Öffentlichkeit meidet.

Privatisierung: besser, billiger, effizienter?

Eine Hauptstoßrichtung der EU-Richtlinien in der Wirtschaftspolitik ist Privatisierung öffentlicher Aufgaben zugunsten privater Unternehmen – bekannt geworden z.B. anhand der Dienstleistungsrichtlinie, die nach vielen Protesten 2006 mit kleinen Änderungen verabschiedet wurde. Es hieß so schön: Private können es besser, billiger und effizienter. Vorreiter in Europa war Großbritannien, wo unter Margret Thatcher ein großer Privatisierungsschub erfolgte. In Portugal und Griechenland verlangt die Troika aus IWF, ETB und EU-Kommission Privatisierungen als Voraussetzung für die Gewährung von Krediten.

Auch in Deutschland sind – wie in anderen Ländern - in den letzten 20 Jahren viele öffentliche Dienstleistungen (Post und Telekommunikation, Energie, Wohnungen, Krankenhäuser, usw.) ganz oder teilweise privatisiert worden. Bei der Bahn ist man noch dabei. In Deutschland erfolgte der große Schub durch die Übergabe der DDR-Wirtschaft an Private über die Treuhand.

Inzwischen liegen genügend Erfahrungen mit Privatisierungen vor, die zeigen, dass häufig das Gegenteil eintritt: schlechter und teurer und nicht im Interesse der Menschen, die auf die Leistungen angewiesen sind. Wenige private Konzerne machen sich kaum Konkurrenz. Die Preise



steigen, denn es sollen auch ordentliche Gewinne für die Betreiber und Anleger herausspringen – und zwar möglichst schnell. Und deshalb wird häufig nicht nur an den Beschäftigten gespart – sondern auch bei Qualität, Umwelterfordernissen und Nachhaltigkeit. Große Investitionen unterbleiben unter Umständen, wenn sie sich negativ auf das kurzfristige Gewinn-Ergebnis auswirken.

Solche Probleme gibt es auch bei der viel gelobten Öffentlich-Privaten Partnerschaft (PPP) bei großen Bau- oder Dienstleistungs-Projekten, die nicht als Privatisierung gelten. Solche Kooperationen gehen Kommunen oft ein, um ihre riesige Schuldenlast zu senken. Die komplizierten Verträge enthalten für die öffentlichen Partner vor allem einen dicken Pferdefuß – die Gewinngarantie für den privaten Partner über eine lange Laufzeit von oft 25 bis 30 Jahren. Das heißt, die Risiken liegen bei der öffentlichen Hand und damit den Gebühren zahlenden Menschen. Ein Ausstieg ist schwer möglich und wiederum oft unvorteilhaft für die öffentlichen Partner.

Darum wehren sich immer mehr Menschen gegen diesen Trend. Und immer mehr Kommunen haben inzwischen diese Nachteile erkannt und scheuen vor Privatisierungen und PPP-Vorhaben zurück. (Bremen hatte bei der Finanzierung des Neubaus im Klinikum Mitte eine PPP erwogen, aber dann davon Abstand genommen.) Ja, viele bemühen sich – oft auf Druck von Bürgerbegehren – um Rückführung privatisierter Gesellschaften in die öffentliche Hand.

Und nun die Wasserversorgung?

Wasser ist lebenswichtig, nicht umsonst beschreiben es Poeten als Quell des Lebens, nutzt die Medizin Wasseranwendungen als Heilmittel. Ein solch wichtiges Gut muss allen Menschen in bester Qualität und zu geringen Kosten zur Verfügung stehen, auch wenn dies in vielen Teilen der Welt nicht eingelöst ist.

Trinkwasserversorgung ist aber keine so einfache Sache. Gute Qualität erfordert Wasserquellen aus gering belasteten Gebieten, Filterung bzw. Aufbereitung des Wassers, ein gut gewartetes Leitungsnetz, damit Wasserverluste vermieden werden und Qualitäts-Kontrollen des Trinkwassers. Aber auch Klärung und Kontrolle der Abwässer ist wichtig, damit möglichst wenige Schadstoffe in den natürlichen Wasserkreislauf gelangen. Bei alledem ist Verantwortung, vorausschauende Pla-

nung von Investitionen gefragt, die sich nur in langen Zeiträumen amortisieren, eine klassische öffentliche Aufgabe, durch Steuern und Nutzer-Gebühren finanziert und öffentlicher Kontrolle unterworfen.

Für private Konzerne ist Wasser dagegen ein Geschäftsfeld wie jedes andere und dient dazu, Gewinn zu erwirtschaften. Aber besonders lukrativ ist für sie, dass sie eine fertige Infrastruktur übernehmen und als Betreiber erst mal nicht viel hinein stecken müssen. Privatisierungen oder PPP-Modelle sind im Bereich Wasser- und Abwasserversorgung längst möglich und werden z.T. auch durchgeführt. In Deutschland noch weniger, in Frankreich zu 80 %. Dort sind die großen Wasserkonzerne Veolia und Suez beheimatet.

Welche Erfahrungen wurden damit gemacht? Wie sind verschiedene Städte und Gemeinde damit umgegangen? Stellvertretend für viele andere einige ausgewählte Beispiele:

Positiv-Beispiel München

Dort sorgt die kommunale Wasserversorgung für gute Wasserqualität von der Gewinnung bis zum Verbraucher. Unter anderem gibt die Stadt Landwirten im Alpenland Geld für die Umstellung auf Biolandwirtschaft, so dass das Grundwasser nicht belastet wird. Das erspart der Stadt auf der anderen Seite Kosten für Wasserreinigung und vermeidet Schadstoffe. Das Wasser muss nicht gechlort werden.

Negativ-Beispiele Paris, London, Berlin

Paris hatte 1984 seine Wasserversorgung an Veolia verkauft. Hohe Preissteigerungen, hohe Wasserverluste und sinkende Qualität (starker Chloranteil) haben nach 25 Jahren zur Rückführung in die öffentliche Hand geführt. Trotz hoher nötiger Investitionen sinken jetzt die Preise erstmals wieder. Gewinnerwartungen müssen nicht mehr befriedigt werden.

In Großbritannien wurde Ende der 80er Jahre die Wasserversorgung radikal privatisiert. Binnen zehn Jahren stiegen die Preise um 46 % an. Gewinne der Versorger explodierten. In London war das Netz derart marode, dass die Wasserverluste bis zu 40 % betrugen. Das führte zu stark sinkendem Wasserdruck in vielen Haushalten und zu hohen Folgeschäden durch versickerndes Wasser.

In Berlin hat die Teilprivatisierung der Wasserversorgung in den letzten zehn Jahren zu großen ungerechtfertigten Preiserhöhungen geführt. Das jahrelange Tauziehen um die Offenlegung der Geheim-Verträge und die mühsamen Schritte in Richtung Rekommunalisierung der Wasserversorgung zeigt, dass dazu trotz erster Erfolge noch viel Ausdauer seitens der Initiative Bremer Wassertisch gehört.

Dicke Bretter bohren …

Ein erster Erfolg der eine Million Unterschriften der Europäischen Bürgerinitiative ist: Der zuständige EU-Kommissar Barnier hat Änderungen gegenüber seiner Vorlage angekündigt. Der Druck der Öffentlichkeit wirkt also. Der Entwurf für die Richtlinie ist in einem Punkt entschärft worden. Nachlassen in den Bemühungen ist aber nicht angesagt!

Das schnelle erste Zugeständnis könnte die Gemüter beruhigen und das öffentliche Interesse einschläfern. Die Lobbyisten privater Konzerne werden am Ball bleiben, um deren Interessen langfristig durchzusetzen. Deshalb müssen auch wir Verbraucher dauerhaft unsere eigene Lobbyarbeit betreiben, um unsere eigenen Lebensinteressen durchzusetzen. Das gilt für Europa genauso wie in der eigenen Gemeinde oder auf Bundesebene, auch wenn wir als Einzelne auf europäischer Ebene mehr auf Organisationen angewiesen sind, z.B. Gewerkschaften, zahlreiche Initiativen und Verbände, die die Bürger-Initiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ unterstützen.

Blick aus Italien auf Italien

Beate Weise

(Fast) alle sind sich einig, bitte keine Neuwahlen, vor allem oder unter anderem auch aus einem Grund: Wahlen kosten Geld, viel Geld. Aber die Chancen stehen (heute, am 28.3.2012) ganz und gar nicht gut.

Und Geld, der Euro, regt viele hier in Italien zur Überlegung an: Ist die gemeinsame Währung (oder das Währungssystem) (noch) angemessen. Sollte Italien nicht besser ein No-Euro-Land werden. Zypern, zum Beispiel, macht doch irgendwie Angst. Was könnte da auf einen zukommen?

In B. (meinem Wohnort in Norditalien, dessen Wirtschaft ehemals ganz auf die Textilindustrie und den Textilmaschinenbau aufbaute) ist man bereits seit Jahren an Kurzarbeit, Mobilität, Entlassungen etc. gewöhnt. Viele Haushalte müssen auf ein Gehalt (manchmal oder zeitweise auf zwei Gehälter) verzichten. Der lokale Arbeitsmarkt bietet keine/kaum Chancen, wieder einzusteigen oder (für junge Leute) überhaupt erst einzusteigen.

Anpassung ist gefragt:

Wie das Beispiel der Facharbeiterin einer Textilfabrik, die zur Betreuerin von Ferienwohnungen und –häusern geworden ist.

Familienzusammenhalt ist gefragt:

C. alleinerziehend, zwei Kinder im Alter von fünf und sieben, der italienische Staat unterstützt kaum, der Ex-Mann noch weniger. Zum Glück ist es für die Großeltern normal, ihr kräftig unter die Arme zu greifen. C. ist nicht nur erleichtert (im wahrsten Sinne des Wortes) sondern spart auch Zeit und Geld (keine Ausgaben für Babysitter, Tagesmutter, Essen in der Kitt, Schulbus, …).

Sparen ist angesagt:

Ich kaufe im Supermarkt die angedetschte Dose Tomaten für die Hälfte (erst neuerdings gibt es solche Angebote). Schuhe zum Schuster, Handys zum Reparieren, ein Kleidungsstück zur Änderungsschneiderei (aus Alt mach Neu) bringen usw. All das ist nicht mehr out (weil es für die meisten jetzt unumgänglich geworden ist).

Co-Housing (Kostenteilung) ist angesagt:

Aus der Studentenzeit oder den 1960er Jahren ist die WG bekannt. In Italien war sie nie ein Renner (bzw. auf die Studierenden begrenzt). Aber was entdeckt man nicht alles so wieder: Das Phänomen ist stark im Kommen (eher in der nahe liegenden Großstadt Turin). So teilt man sich die Kosten wie Miete, Heizung, Telefon, Strom etc.

Verkaufen ist angesagt:

Dass die Läden mit der Aufschrift CashGold, Oro Banca, G'old etc. wie Pilze aus dem Boden schießen, ist kein gutes Zeichen. Aber von äußerst schlechtem Geschmack zeugte ein Werbeschild im Eingangsbereich des örtlichen Krankenhauses mit der Aufforderung, alten Schmuck zu Geld zu machen.

Manchmal fällt mein Blick aber auch auf etwas, was wirklich nicht zu begreifen ist, nicht mit dem wenigen Geld, das den Städten mittlerweile zur Verfügung steht, nicht mit den Einwanderungs- oder Abschiebungsgesetzen, nicht mit der Müllabfuhr, nicht mit … .

Bevor man ins Zentrum von Turin kommt, gibt es Plätze, an denen zuerst der Müllhügel auffällt. Dann erst bemerkt man die Behausungen, man denkt an eine Favela. Hier leben Roma, Migranten aus den zuletzt in die EU aufgenommenen Ländern, wie Rumänien und Bulgarien. Ein riesengroßer Berg aus Müll (der auch anderen Stadtbewohnern als Müllhalde dient), ein riesengroßes menschliches Drama.

Ins Beinhaus der Geschichte versetzt

Lutz Herden

Alte Dämonen

Luxemburgs Premier Juncker hat die Europäer vor der Annahme gewarnt, dass es auf ihrem Kontinent keine Kriege mehr geben könne. Ihn erinnere derzeit vieles an 1913.

Jean-Claude Juncker hat als Chef der Euro-Gruppen bis vor kurzem die Währungskrise gemanagt. Das steckt ihm schwer in den Knochen – vielleicht schwerer als ihm lieb ist.

Ausgerechnet der Gesinnungseuropäer Jean-Claude Juncker raubt der EU den Glorienschein inniger Friedensliebe und Harmoniesucht. Luxemburgs Premier hat dem europäischen Kontinent im Spiegel-Interview „auffällige Parallelen zum Jahr 1913“ attestiert und vor dem irrtümlichen Glauben gewarnt, es könne in Europa nie mehr Kriege geben. Eben noch wird die EU vom Nobelpreiskomitee als Friedensgigant dekoriert, da schwindet die ganze Glückseligkeit, und man wird ins Beinhaus der Geschichte gebeten. 1913? Wer denkt da nicht an 1914? An die „Erziehung vor Verdun“ (Arnold Zweig), an die Marne- und Materialschlachten, an das Unvermögen, Frieden zu schließen, weil Kriegspatriarchen das eigene Prestige wichtiger war als das Leben von Millionen Menschen? Nur, wann war das je anders? Und wie viele nach Paul von Hindenburg benannte Straßen, Plätze und Dämme gibt es heute noch in Deutschland, speziell im Westteil Berlins?

Sollten Europa die tausend Sprossen des Zusammenfindens, nach denen es seit 1945 und 1990 gegriffen hat, wieder aus den Händen gleiten, so dass ein Fall ins Bodenlose unaufhaltsam ist? Jean-Claude Juncker wird wissen, was er sagt. Er kann zu seiner Entlastung vorbringen, dass ihm das Management der Eurokrise, die er jahrelang als Chef der Euro-Gruppe zu betreiben hatte, schwer in den Knochen steckt. Vielleicht mehr, als ihm lieb ist. Der Umgang mit dem Finanz- und Schuldendilemma hat aus dem Staatenbund namens Eurozone eine Staatenhierarchie werden lassen. Ein Vorgang, in dem sich die Markt- wie Urkräfte entfalten durften.

So mancher Stachel

Wenn Europa so offenkundig wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg wieder in Mächtige und Mündel zerfällt, in Zahlungsfähige und Bankrottbrüder, in Kreditwürdige und Kostgänger, in Herren und Knechte – wie sollten da Zwietracht, Antipathie und Hass ausbleiben? Die Währungsunion sitzt im eigenen Eisen gefangen. Ein mutmaßlich epochales Integrationsprojekt schrumpft zur profanen Neidgesellschaft. Euro-Staaten können im Krisenfall eine eigene Währung nicht mehr abwerten, weil ihnen dergleichen fehlt. Also werten sie ihre Bürger ab, damit diese billiger werden und in der europäischen Marktgesellschaft wieder einen Marktwert haben. Oder anders formuliert, „vermarktbar“ sind. Das ist es nur folgerichtig, wenn soziale Demütigung so manchen Stachel ins europäische Miteinander treibt. Schließlich weiß man im Athen, Lissabon, Madrid oder Rom, wer dafür zuständig ist. Auf Betreiben Deutschlands und seiner Kanzlerin wurden Verträge über Schuldengrenzen und Hilfsfonds geschlossen, die kollektiven Beistand für angeschlagene Partner an ökonomische Selbstkasteiung binden.

Er habe es bei den Wahlkämpfen in Griechenland und Italien gesehen, sagt Juncker. „Plötzlich kamen Ressentiments hoch, von denen man dachte, sie seien definitiv abgelegt.“ Nicht das Gespenst, sondern der Geist der Renationalisierung geht um. Und nicht nur der.

Das unterschwellige Credo der Regierung Merkel: Warum sollen wir für Wohlleben und Müßiggang der anderen aufkommen, hat etwas von einem Schlachtruf, wie ihn gewöhnlich Kulturchauvinisten von sich geben. Sollten Besonnenheit und Augenmaß Tugenden sein, mit denen europäische Führungsmächte überzeugen, hat Deutschland nicht eben viel zu bieten. Es war Jean-Claude Juncker, der sich in der Vergangenheit schon oft daran gestört und vor zentrifugalen Kräften gewarnt hat, die eines Tages außer Kontrolle geraten. Wozu das führen kann, hat er jetzt präzisiert.

Mit freundlicher Genehmigung aus:
Freitag Nr. 11/2013

Europa in Bremen
Bremen in Europa

Europa ist mehr als gesichtslose Bürokratie im fernen Brüssel. Es betrifft alle Bürgerinnen und Bürger in ihrem Alltag und bietet zahlreiche Chancen, Möglichkeiten und Vorteile. Aber in Europa läuft längst nicht alles so, wie es sich die Menschen wünschen. Eines steht allerdings fest: Es lohnt sich, darüber zu sprechen, zu diskutieren und sich darüber auszutauschen. Dieses Angebot bietet der EuropaPunktBremen.

Was ist der EuropaPunktBremen?

Der EuropaPunktBremen ist Teil eines europaweiten Netzwerkes von Informationszentren zu europäischen Themen. Er wird von der Europaabteilung des Bremer Senats getragen und durch die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland gefördert. Untergebracht im Erdgeschoss im Haus der Bremischen Bürgerschaft an der Domseite, ist der EuropaPunktBremen für alle Bremerinnen und Bremer einfach zu finden.

Was bietet der EuropaPunktBremen?

Der EuropaPunkt bietet in erster Linie Informationen an: Wie werden europäische Gesetze beschlossen? Wofür wird Geld ausgegeben? Wer vertritt Bremen in Europa? Was bietet Europa mir persönlich? Auf der Suche nach Antworten sind Sie im EuropaPunktBremen richtig. Auch Besuchergruppen sind herzlich willkommen.

Darüber hinaus bringen Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen Themen rund um Europa Bremerinnen und Bremer ins Gespräch. Der EuropaPunktBremen hat sich inzwischen zur zentralen Plattform für den europapolitischen Dialog im Land Bremen entwickelt.

Europawoche 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger

Die Europawoche findet jedes Jahr rund um den Europatag am 9. Mai in ganz Deutschland statt und soll die Bürgerinnen und Bürger über europäische Politik informieren und ins Gespräch bringen. Angestoßen und koordiniert durch die Europaabteilung des Bremer Senats findet auch in Bremen und Bremerhaven alljährlich die Europawoche mit zahlreichen Veranstaltungen statt. In diesem Jahr greift die Europawoche in Bremen und Bremerhaven das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger auf.

In Bremen und Bremerhaven wird die Europawoche über den gesamten Monat Mai mit einer Vielzahl spannender Veranstaltungen begangen. Im Rahmen von Diskussionen, Vorträgen, Film- und Theateraufführungen, Workshops und anderen Veranstaltungen wird miteinander über Europa diskutiert, gestritten und informiert.

Das Programm der Bremer Europawoche wird angesichts des aktuellen Europäischen Jahres in der Form eines europäischen Reisepasses erscheinen. Damit wird die Unionsbürgerschaft als Vision kommuniziert und zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dieser eingeladen. Das Programm liegt ab Mitte April an allen bekannten Auslegestellen in Bremen und Bremerhaven aus und ist natürlich auch im EuropaPunktBremen erhältlich.

Die Europawoche ist dazu gedacht, Menschen verschiedener Generationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und unterschiedlichen Stadtteilen zusammenzubringen. Diskutieren, Kritisieren, Nachdenken, Mitmachen: Das bietet die Europawoche. Sie sind herzlich eingeladen, machen Sie mit!

Mehr Informationen finden Sie unter www.europa-in-bremen.de oder besuchen Sie den EuropaPunktBremen, Am Markt 20 (Gebäude der Bremischen Bürgerschaft, Eingang Domseite), werktags geöffnet von 12 bis 17 Uhr (telefonisch: 0421-361-83375, Email: epb@europa.bremen.de)

Autor: Matthias Kennert, Werkstudent im EuropaPunktBremen

Matthias Kennert

EUROPA . BREMEN

europe direct

WIR

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

und Europa

Traudel Kassel
Manfred Weule

Europa, mehr als eine Wirtschafts- und Währungszone

Mit der Fixierung auf Geldpolitik und Preisstabilität verspielt die EU-Politik die Zukunft Europas. Statt Mindeststandards in den Bereichen soziale Sicherheit, faire Arbeitslöhne, Bildung, Gesundheit und allgemeine Wohlfahrt in allen Ländern Europas einzuführen bzw. auszubauen, gefährden Bankenrettungen und die Einkommensverteilung zu Gunsten der Profite, den zarten Frieden in - und zwischen - den Ländern Europas.

Wer die gegenwärtige Politik Europas kritisiert, wird schnell als Europa-Gegner abgekanzelt, dem aber ist nicht so, im Gegenteil **WIR** wollen Europa:

Ein Europa

in dem Frieden nach innen und außen herrscht, das von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit geprägt ist und dem Gemeinwohlprinzip und dem Wohlergehen der zukünftigen Generationen verpflichtet ist, in dem Politik dafür sorgt, dass Arbeitslosigkeit, materielle und soziale Not in den Mitgliedsstaaten sowie die Ungleichheit zwischen diesen überwunden werden das die großen Probleme und Aufgaben der

Menschheit, die Verhinderung von Armut und Umweltzerstörung gemeinsam und nachhaltig in Angriff nimmt, der Demokratie und Transparenz, in dem Beschlüsse und Regierungshandeln der Kommission auf demokratischem Wege und nach öffentlicher Diskussion zu Stande kommen, in dem Diskriminierung jeder Art bekämpft wird und eine europäische Gerichtsbarkeit Unrechtsurteile aus einzelnen Mitgliedstaaten korrigiert,

in dem Freizügigkeit für alle Menschen gilt, auch für Menschen, die nicht aus Europa kommen, aber nach Europa wollen.

… aber wollen genügt nicht:

Wer ein solches Europa will, muss sich auch dafür einsetzen. Das ist nicht anders als in der Gemeinde, im Land und im Staat. Das nimmt uns keine EU-Kommission und kein EU-Parlament ab. Die Menschen in Europa müssen sich um ihre Interessen selbst kümmern. Nur – das ist leichter gesagt als getan: Für die meisten Arbeitnehmer sind die Vorhaben und Richtlinien der EU, ihre Ziele und Auswirkungen schwer nachvollziehbar, besonders wenn sich die politischen Entscheidungsprozesse über Jahre hinziehen und es an Transparenz und politischer Kontrolle fehlt. Auch die Berichterstattungen in den Medien schaffen selten Aufklärung über die z.T. komplexen politischen Willensbildungsprozesse in der EU.

Deshalb wollen WIR in den folgenden

Ausgaben der WIR Zeitung einzelne Aspekte der EU-Politik für Arbeitnehmer verständlich und zusammenhängend darstellen. Selbstverständlich aus Sicht von Arbeitnehmern.

1. Wir sollten Europa nicht den Lobbyisten überlassen

Der Sitz der EU-Kommission in Brüssel ist bekannt für das Heer von Zehntausenden von Lobbyisten, die sich bemühen Einfluss auf die Entscheidungen der Kommission zu nehmen. Das ist zunächst einmal ganz normal, dass vor Entscheidungen mit weitreichender Wirkung auf Millionen von Menschen Fachleute aus allen Ländern und aus allen berührten Sachgebieten angehört werden. Es entsteht aber der Eindruck, dass tatsächlich vor allem Vertreter der Industrie und anderer Wirtschaftszweige dort ihren Einfluss geltend machen können, während die Lobby der großen Mehrheit der normalen Beschäftigten und der Armutsbevölkerung kaum wahrnehmbar scheint (ziemlich geringen Einfluss ausübt).

Offenkundig geworden ist dies am aktuellen Beispiel der Konzessionsrichtlinie (Thema Wasserprivatisierung), weil hier einige Menschen erfolgreich die teils kriminelle Interessenpolitik der betreffenden Großkonzerne aufgedeckt und damit das Thema in die breite öffentliche Diskussion gebracht haben. Ähnlich wird aber in vielen anderen Bereichen verfahren, ohne dass das die Öffentlichkeit mitbekommt.

Eine besonders effektive Lobbyorganisation ist der vor 30 Jahren gegründete Europäische Runde Tisch (ERT), dem bis zu 50 führende Unternehmerpersönlichkeiten europäischer Großkonzerne aus vielen Industriezweigen (z.B. Siemens, BMW, Shell, Nokia und Ericsson sowie BP, Shell u.a.) angehören, um Einfluss auf die großen Linien der EU-Politik im Interesse ihrer Konzerne zu nehmen. Das ist kein Geheim-Club, die klangvollen Namen der Personen und der Unternehmen sind im Internet zu finden. Es handelt sich aber auch nicht um ein irgendwie demokratisch legitimiertes Gremium, sondern die Mitglieder suchen sich neue Mitglieder selbst aus.

Der ERT gilt als strategischer Vordenker des Binnenmarktes, des Eurotunnels und der Lissabon-Strategie und sorgt durch regelmäßige Fortschrittsberichte zu den großen Vorhaben der EU auch für Druck auf die EU-Staaten, diese Vorhaben

auch umzusetzen. Zu den Themen der Arbeitsgruppen gehören aber neben Wettbewerbsfragen auch z.B. die Rohstoffversorgung aus aller Welt.

Was ist unsere Lobby ?

Wollten wir ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen einen ähnlich starken Einfluss ausüben, müssten wir nicht nur über alle uns betreffenden EU-Vorhaben gut informiert sein, sondern ständig zu Hunderttausenden vor den EU-Gremien und Verwaltungs-Büros präsent sein und unsere Anliegen unüberhörbar zum Ausdruck bringen. Erst dann könnten unsere Vertreter, die Gewerkschaften, eine mächtige Lobby darstellen.

Weder ArbeitnehmerInnen noch die Armen haben zeitliche und finanzielle Möglichkeiten auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse einzuwirken und Einfluss zu nehmen. Aber die neuen Möglichkeiten sich über das Internet zu informieren bzw. sich z.B. an öffentlichen Diskussionen oder einer europäischen Bürgerinitiative zu beteiligen sollten von uns unbedingt genutzt werden.

Ein Beispiel für den Nutzen europäischer Einrichtungen für uns Arbeitnehmer ist die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der Urteile aus den Einzelstaaten korrigieren kann. So wurde die deutsche Rechtsprechung in Bezug auf die Kündigung der Pflegekraft Brigitte Heinrich, die auf unhaltbare Zustände an ihrem Arbeitsplatz hingewiesen hatte, durch den europäischen Gerichtshof zurückgewiesen.

Gewalt in der Pflege
Oft fehlt der Beweis

Reinhard Leopold von der Selbsthilfe-Initiative „Heim-Mitwirkung" im Gespräch: Bessere Zukunftsperspektiven für Mitarbeiter nötig

BREMERHAVEN. Es sind unfassbare Szenen aus einem Bremer Altenheim. Eine alte Dame wird von einer Pflegerin an den Haaren gezogen und angebrüllt. Der Sohn des Gewalt-Opfers hat den Film mit versteckter Kamera aufgenommen. Was vor einigen Wochen in Bremen bekannt wurde, ist oft noch ein Tabu-Thema. Warum das so ist, erzählt der Sprecher der Selbsthilfe-Initiative „Heim-Mitwirkung", Reinhard Leopold, im Interview mit Denise von der Ahé.

Warum nehmen viele Menschen in Pflegeheimen Gewalt und Missstände wahr, schweigen aber?

Nichtbetroffene können das kaum verstehen und fragen sich, warum Angehörige, Pflegekräfte und andere, die in Heimen ein- und ausgehen, nicht einfach die Missstände in der Pflege anzeigen. Der viel zitierte Pflegekritiker Claus Fussek schiebt gar einen Teil der Schuld an Pflegemissständen den Angehörigen selbst in die Schuhe, weil sie wahrgenommene Gewalt und Pflegemängel nicht anzeigen. Leider lässt er dabei die Abhängigkeiten völlig außer Acht.

Angehörige nehmen doch sicher wahr, wenn etwas mit ihren Pflegebedürftigen nicht stimmt. Was hindert sie dann am Reden?

Wer seinen Angehörigen in einem Heim begleitet und Negatives dabei erlebt, der fragt sich, wie er damit umgehen soll. Es gibt jede Menge Zweifel, die einem Betroffenen dann durch den Kopf gehen. Und wenn die pflegebedürftige Person selbst von Gewalt oder anderen Missständen berichtet, ist es oft schwierig zu beurteilen: Wie glaubwürdig sind Aussagen von verwirrten, alten Menschen?

Es fehlen also oft Beweise ...

Richtig. Zudem fehlt der Mut, wahrgenommene Dinge offen anzusprechen. Hinzu kommt, dass Angehörige meist Angst davor haben, dass ihre Pflegebedürftigen darunter zu leiden haben, wenn sie negativ Erlebtes gegenüber Pflegepersonal und Heimleitung ansprechen. Oft möchten die Heimbewohner sogar selbst nicht, dass ihre Probleme thematisiert werden, weil sie erst recht Angst vor Repressalien haben. Ein weiterer Grund ist, dass Heimbewohner großes Verständnis für die Situation der Pflegekräfte haben und sie ihre Angehörigen nicht damit behelligen wollen. Sie erleben täglich, dass zu wenig Personal zur Verfügung steht und die Pflegekräfte unter extremem Zeitdruck ihre Arbeit nicht schaffen können.

Und die Pflegekräfte selbst? Warum zeigen sie ihre Kollegen nicht an?

Auch sie bräuchten Beweise. Aber Ge-

walt in der Pflege findet in der Regel im Verborgenen statt – ohne dass Zeugen dabei sind. Außerdem haben auch Pflegekräfte Angst vor den eigenen Kollegen, vor Mobbing und Schikane. Oder Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Was kann helfen, Gewalt in der Pflege zu verhindern?

Eine einfache Lösung gibt es leider nicht. Fakt ist, dass der Pflegeberuf immer unattraktiver geworden ist: harte Knochenarbeit, schlechte Bezahlung, befristete Arbeitsverträge. Dennoch gibt es viele Pflegekräfte, die trotz der negativen Umstände versuchen, ihre Arbeit zu schaffen. Und viele von ihnen fahren jeden Tag mit Gewissensbissen nach Hause, weil sie genau wissen, dass sie eine ausreichende Versorgung der ihnen anvertrauten Menschen gar nicht schaffen können. Ihnen gilt großer Respekt dafür, dass sie es zumindest versuchen.

Welche Rahmenbedingungen müssen sich ändern?

Die Berufsausbildung muss gezielt gefördert werden. Auch eine ausreichende Bezahlung ist wichtig. Pflegerinnen und Pfleger brauchen Wertschätzung und sichere Berufs- und Lebensperspektiven. Auch die Pflegegelder müssen hinsichtlich ihrer Verwendung kontrolliert werden.

Das heißt?

Das viele Geld, das im Pflegebereich kassiert wird, wird nicht ausschließlich dafür verwendet, wofür es gedacht ist. Rendite- und profitorientierte Unternehmen versprechen ihren Investoren Renditen von sieben Prozent und mehr. Hinzuzurechnen ist noch der Unternehmergewinn. Renditegarantien werden für 15 Jahre und länger zugesagt, gehen dabei allerdings eindeutig zu Lasten des Pflegepersonals und der Versorgungsqualität.

Wichtig ist, dass Angehörige die eigenen Vermutungen zunächst mit dem Pflegepersonal besprechen. Zusätzlich kann man auch mit anderen Menschen reden. Gibt es einen Heim- oder Angehörigenbeirat? Vielleicht haben andere Angehörige Ähnliches erlebt. In konkreten Fällen ist die Heimaufsicht zu informieren – das kann übrigens auch anonym erfolgen. Ansonsten können Angehörige auch Interessenvertretungen gründen.

Heim-Mitwirkung

Für Angehörige, Bewohnerfürsprecher und Heimbeiräte gibt es in Bremen beispielsweise eine unabhängige Selbsthilfe-Initiative, die sich jeden zweiten Sonnabend (im Monat) um 15 Uhr im Netzwerk Selbsthilfe, Faulenstraße 31, trifft.

http://www.heim-mitwirkung.de

Quelle:
www.Nordsee-Zeitung.de,
29.12.2012

Forschungsprojekt über die Klöckner-Hütte

Eike Hemmer
Horst Meyerholz
Peter Sörgel

Vor zwei Jahren haben wir einem Kreis von Interessierten über unser Vorhaben berichtet, eine Geschichte der Klöckner-Belegschaft und ihrer Arbeitnehmervertretung zu schreiben.

Nun, nach langer Diskussion und mit Unterstützung der IG Metall und des Betriebsrates ist daraus ein veritables wissenschaftliches Forschungsprojekt entstanden. Vor kurzem hat die Hans-Böckler-Stiftung die Förderung beschlossen. Offensichtlich fanden auch die Entscheider in diesen Gremien die dramatische Geschichte der Klöckner-Hütte in Bremen so spannend, dass es sich lohnen würde, sie aufzuarbeiten.

Das Projekt ist auf eine Dauer von zweieinhalb Jahren angelegt. Es wird von dem Historiker Dr. Karl Lauschke, einem ausgewiesenen Sachkenner der jüngeren Gewerkschaftsgeschichte, vom Institut für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum geleitet.

In der lang dauernden Strukturkrise der ehemals mächtigen Stahlindustrie konnten zwar die Belegschaften zusammen mit der IG Metall und der Politik die Folgen des Arbeitsplatzabbaus mildern. Der Kahlschlag und die Schließung ganzer Werke konnte aber nicht verhindert werden.

„Im Gegensatz dazu gelang es der Belegschaft des Hüttenwerks in Bremen, das weitgehend im Schatten der bundesdeutschen Berichterstattung stand, ihr Werk im Zusammenspiel mit anderen Kräften der Region zu erhalten", heißt es in der Projektbeschreibung.

Das gleiche „Wunder" schafften auch die ebenfalls zum sinkenden Klöcknerkonzern gehörende Georgsmarienhütte und Saarstahl, von denen man ebenfalls angenommen hatte, dass sie dem globalen Wettbewerb nicht standhalten könnten. Beide Werke werden im Projekt zum Vergleich heran gezogen.

In einem dafür angemieteten Büro im Lichthaus, dem ehemaligen „Arbeiteramt" der AG Weser, haben wir drei ehemaligen Betriebsräte inzwischen zahlreiche Archivbestände zusammen getragen und stehen Karl Lauschke mit unseren Kenntnissen auch bei der Vorbereitung und Durchführung von Interviews mit Zeitzeugen zur Seite.

Natürlich haben für uns die Belegschaft und der Betriebsrat besonderes Gewicht. Von ihm schreibt ein gewerkschaftlicher Insider: „Der Betriebsrat der Hütte hat im Kampf um den Erhalt der Hütte das ganze taktische Spektrum eingesetzt – von der scharfen Konfrontation bis zum kooperativen Bündnis mit dem lokalen Management, also alles zwischen Klassenkampf und Sozialpartnerschaft."

In der Untersuchung wird aber insbesondere auch das Zusammenspiel mit Teilen des Managements, der IG Metall außerhalb der Hütte und den politischen Instanzen der Hansestadt ausführlich zu analysieren und zu würdigen sein. Sie alle haben daran mitgewirkt, dass heute noch an der Weser Stahl erzeugt wird.

Rentenanpassung zum 1. Juli 2013

aus sopoaktuell
www.sopo.verdi.de

„Der Osten holt bei den Renten auf“ – damit gibt Bundesarbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen am 20.3.2013 auf der Homepage des BMAS die Rentenanpassung zum 1.7.2013 bekannt.

In den alten Bundesländern (aBL) werden die Renten um nur 0,25 %, in den neuen Bundesländern (nBL) um 3,29 % steigen. Eine Rente von 1.000 Euro steigt damit in den aBL um 2,50 Euro, in den nBL um 32,90 Euro an. Die durchschnittliche Inflationsrate im letzten Jahr lag bei rd. 2 %. Die Rentenanpassung in den aBL gleicht also den Kaufkraftverlust bei Weitem nicht aus. Auf den ersten Blick erscheint dies als eine schreiende Ungerechtigkeit und eine Benachteiligung der Rentnerinnen und Rentner in den aBL! Das kann aber nicht bedeuten, dass auch die Rentnerinnen und Rentner in den nBL „gleich wenig“ bekommen sollen. Im Gegenteil: Die deutliche Lohnentwicklung in den nBL ist sehr zu begrüßen. Warum aber ist die Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen in den aBL so gering? Das BMAS erklärt dazu: „Der deutliche Unterschied hat zwei Gründe: Zum einen stiegen die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter […] im Osten deutlich stärker als im Westen. Zum anderen machen sich im Westen noch Abschläge infolge der Rentengarantie bemerkbar. […]“ Das ist aber nicht die ganze Wahrheit … Richtig ist, dass die für die Anpassung relevanten beitragspflichtigen Entgelte der Versicherten in den aBL geringer angestiegen sind als in den nBL. Das hat u. a. folgende Gründe:

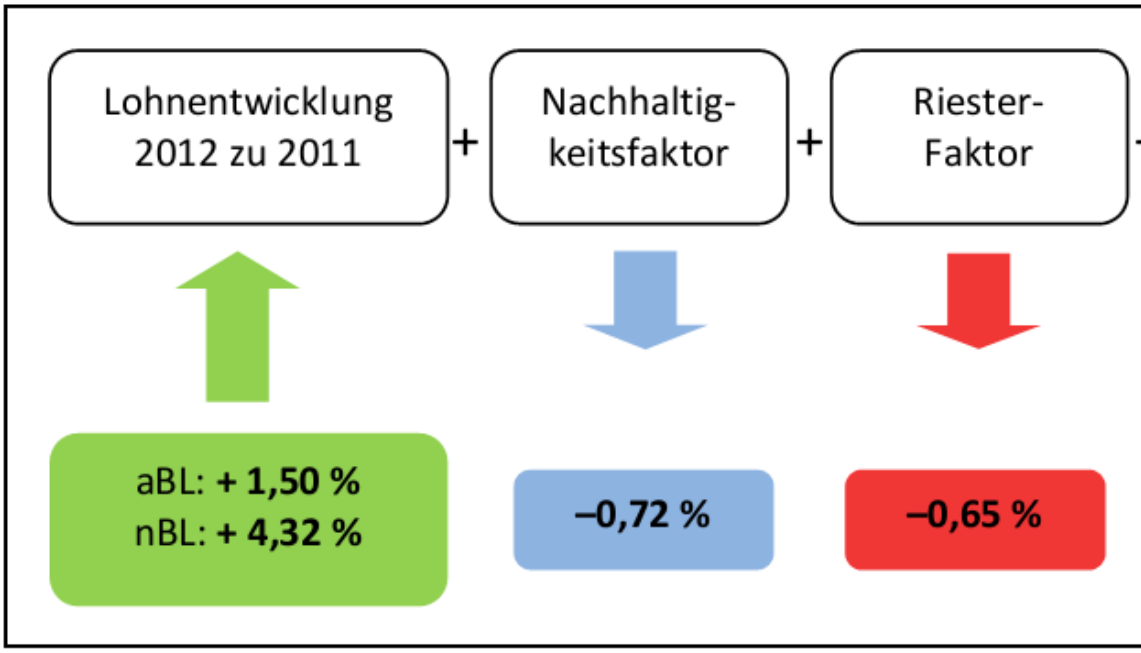
1. Zum 1.1.2011 wurde die Beitragsbemessungsgrenze (BBG) Ost um 1.800 Euro angehoben, die BBG West nicht. Entsprechend stiegen auch die beitragspflichtigen Entgelte in den nBL.

2. Der Ausgleichsbedarf in den nBL wurde bereits bei der Rentenanpassung 2012 vollständig abgebaut. In den aBL sind noch 0,71 % abzubauen; davon wurden mit der Anpassung zum 1.7.2013 weitere 0,25 % abgebaut. Dies wirkt sich mindernd auf die Anpassung in den aBL aus.

3. Da in den beitragspflichtigen Entgelten auch die Entgelte aus Minijobs berücksichtigt werden, und Minijobs in den aBL weit deutlicher ansteigen als in den nBL, wirkt sich auch dies negativ auf die Anpassung in den aBL aus. Dies zeigt, wie sich die schwarzgelbe Politik der Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse an den Rentnerinnen und Rentnern rächt.

ver.di fordert deshalb:

Wir brauchen endlich ein einheitliches Rentensystem in Ost und West. ver.di hat dazu einen Vorschlag, das sog. „ver.di-Modell“ in die Politik eingebracht. Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist



– trotz aller vollmundigen Versprechen – schon vor einiger Zeit abgetaucht und bleibt hartnäckig auf Tauchstation. Wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und ordentliche Lohnsteigerungen, die dann für ordentliche Rentensteigerungen sorgen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und insbesondere Minijobs müssen abgeschafft werden. Auch müssen die Kürzungsfaktoren, wie Nachhaltigkeits-, Riester- und Ausgleichsfaktor aus der Rentenformel gestrichen werden. Sie muss einfacher, transparent, nachvollziehbar und verlässlich sein! Die Rentenanpassung muss mindestens die Teuerungsrate ausgleichen. Rentnerinnen und Rentner müssen am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben! Das Rentenniveau muss deutlich verbessert, Altersarmut wirklich bekämpft werden. Die Beitragssatzsenkung zum 1.1.2013 war und ist der falsche Weg!

Die Einzelheiten der Rentenanpassung zum 1.7.2013

Die Rentenformel beinhaltet zahlreiche „Faktoren", die mal rentensteigernd, mal kürzend wirken:

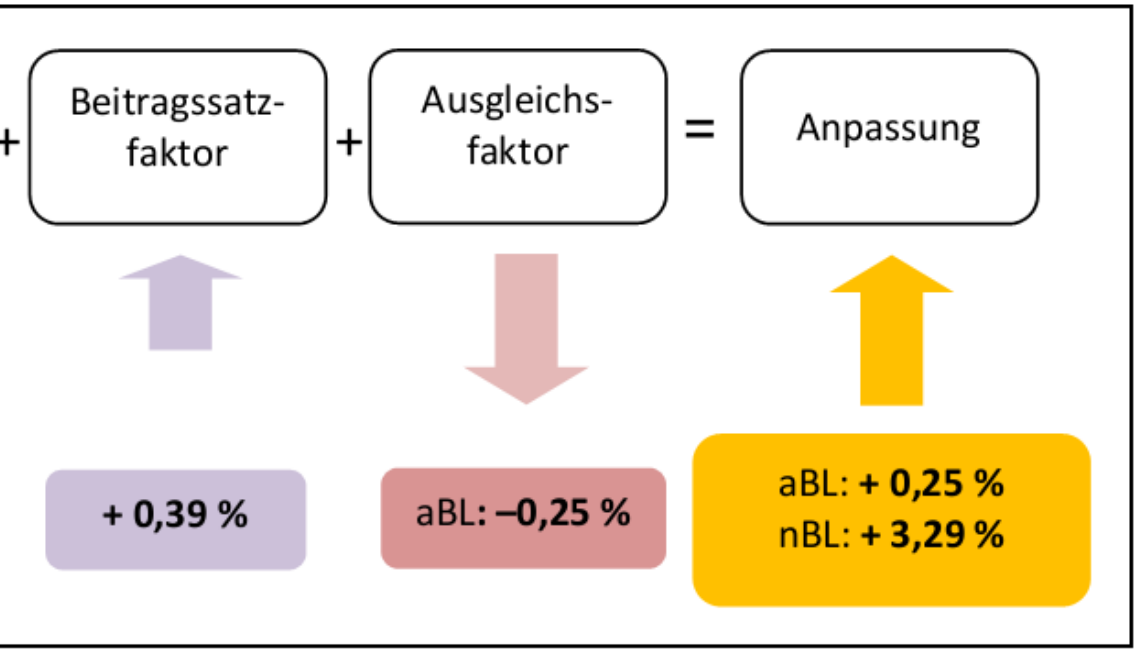
• Der Entgeltfaktor gibt die Lohn- und Gehaltsentwicklung wieder – und zwar des Jahres 2012 im Verhältnis zum Jahr 2011 – und beträgt in den aBL: 1,5 %, in den nBL: 4,32 %.

• Der Nachhaltigkeitsfaktor, der – ganz grob – das Verhältnis zwischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Rentner/innen widerspiegelt, ist negativ und damit „anpassungsdämpfend" (das heißt, er wirkt kürzend). Er beträgt bundeseinheitlich –0,72 %.

• Der Riester-Faktor ist negativ, beträgt bundeseinheitlich rd. –0,65 % und wirkt damit ebenfalls kürzend.

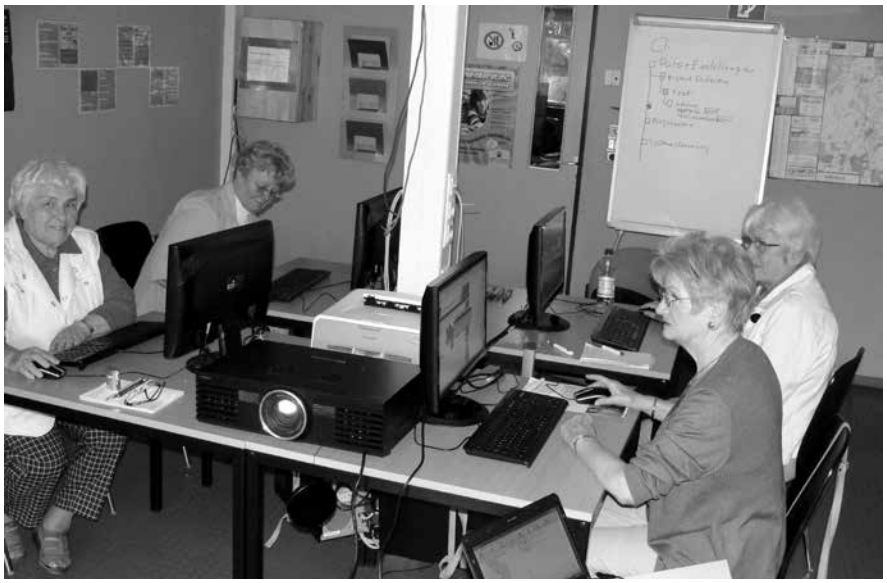
• Der Beitragssatz-Faktor ist wegen der Beitragssatzsenkung zum 1.1.2012 von 19,9 % auf 19,6 % positiv und beträgt +0,39. Riester-Faktor und Beitragssatz-Faktor werden gemeinsam als Faktor „Altersvorsorgeaufwendungen" bezeichnet. Dieser beträgt (–0,65 + 0,39 =) –0,26.

• Der Ausgleichsfaktor beinhaltet die in vergangenen Jahren unterbliebene Rentenminderung und holt diese dann nach, wenn es zu einer positiven Rentenanpassung kommt. Mann/Frau kann sich den Ausgleichsfaktor wie ein Schuldenkonto vorstellen, das bei positiver Entwicklung abgebaut wird. Nur noch in den aBL besteht ein Ausgleichsbedarf und beträgt noch –0,71 %. Von der nach obiger Rechnung „übrig" bleibenden Rentenanpassung von 0,5 % wird die Hälfte, also 0,25 %, zum Zwecke des Abbaus des Ausgleichsbedarfs eingesetzt. Damit reduziert sich die Anpassung in den aBL auf 0,25 %. Die aktuellen Rentenwerte (aRw) betragen damit ab 1.7.2013: aBL: 28,14 Euro (bis 30.6.2013: 28,07 Euro) nBL: 25,74 Euro (bis 30.6.2013: 24,92 Euro). Der aRw Ost beträgt damit 91,5 % des aRw West (bis 30.6.13: 88,8 %).



Neue Welten für Wissensdurstige

„Universität der 3. Generation“ lädt ins Sommersemester 2013 ein



Interessierte, die geistig fit bleiben möchten, lockt das Sommersemester der „Universität der 3. Generation“ ab Mai 2013 mit einem attraktiven Programm.

Mit dezentralen Bildungsangeboten spricht die „Universität der 3. Generation“, U3G, immer mehr Menschen in der nachberuflichen Lebensphase an. Wer sich weiterbilden sowie seine Interessen fördern und finden möchte, kann Kurse, Vorträge und Exkursionen aus einem breiten Themenspektrum auswählen. Im letzten Semester waren bereits 350 Studierende dabei. Zudem bietet die U3G eine Plattform für Menschen, die sich ehrenamtlich als Bildungsvermittler einbringen und ihren Erfahrungs- und Wissensschatz an Interessierte weitergeben möchten. Rund dreiviertel der Veranstaltungen finden in verschiedenen Bremer Stadtteilen in den größtenteils barrierefreien Begegnungsstätten von AMeB statt. Somit haben auch weniger mobile Menschen die Möglichkeit das umfangreiche Bildungsangebot wahrzunehmen.

Näher dran an den Wünschen der Lerninteressierten ist die U3G dank einer Besucherbefragung. Wer sich für Computer und Internet interessiert, sollte sich den Auftakt zum Sommersemester 2013 am 6. Mai nicht entgehen lassen: Jutta Croll, Geschäftsführerin der Stiftung „Digitale Chancen“ spricht in der Zentralbibliothek Am Wall zum Thema „Mobil ins Internet – die neuen digitalen Alltagsbegleiter für Seniorinnen und Senioren“. Durch eine Live-Schaltung via „Skype“, einem computerbasiertem Videotelefon, werden die Inhalte ihres Vortrages anschließend erlebbar. Auch der Schirmherr der U3G, Prof. Dr. Rudolf Hickel, wird dabei sein.

Hier einige der Bildungsangebote:
Zentralbibliothek Am Wall, Wall-Saal
6.5.2013 | 16.00 Uhr Vortrag & Diskussion
„Mobil ins Internet –
die neuen digitalen Alltagsbegleiter
für Seniorinnen und Senioren“
Grußworte von Eva-Maria Lemke-Schulte,
Präsidentin der AWO Bremen |
Prof. Dr. Rudolf Hickel, Schirmherr der
»Universität der 3. Generation«

Theater Bremen
11.6.2013 | 15 Uhr Führung
Theaterführung „Hinter den Kulissen“
Neben einer Einführung in die Geschichte der Spielstätte erwarten Sie bei dieser Führung Einblicke in die sonst verschlossenen Bereiche des Bremer Theaters: die Bühne, die Werkstätten und den Kostümfundus.
Anmeldung bitte bis zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn bei der Begegnungsstätte Habenhausen,
Telefon 0421–83 31 20. Maximal 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.
Kosten 5 Euro pro Person

Städtische Galerie Buntentorsteinweg
16. & 23.5.2013 | 15 Uhr
Führung & Gespräch
20. & 27.6.2013 | 15 Uhr
Führung & Gespräch

Kunst-Nachmittage für Ältere:
Anja Wohlgemuth,
Kunst- und Kulturwissenschaftlerin
Anmeldung Einzelpersonen und Kleingruppen ohne Anmeldung. Gruppen ab zehn Personen bitte anmelden bei der Städtischen Galerie,
Telefon 0421–361-5826.

Kontakt: AWO Bremen
„Universität der 3. Generation“
Philipp Wronker, Telefon 0421 - 79 02-57
p.wronker@awo-bremen.de

Leserbrief

Gewalt im Pflegeheim - ich frage mich wie kann so etwas sein?

Die Kosten betragen im Monat durchschnittlich bei der Pflegestufe 0 von 1605,90 € bis 2039,10 € in Stufe I von 2058,60 bis 2497,90 € in Stufe II von 2737,80 € bis 3184,20 € in Stufe III vom 3190,50 € bis 3642,30 €. Härtefälle 3701, 40 €. Dieser Preis gilt nicht im Einzelzimmer, denn die sind in der Regel teurer. Wofür werden die Einnahmen von dem Betreiber ausgegeben?

Das Geld ist für die Betreuung gedacht und nicht, damit die Betreiber gut verdienen. Beim Personal wird gespart, aber immer mehr verlangt und gefordert. So geht es nicht, wenn die Arbeitsbedingungen stimmen, gibt es auch keine Gewalt in den Pflegeheimen.

Zur Heimaufsicht möchte ich sagen, man sollte sich nicht anmelden, sondern überraschend Kontrollgänge machen. Dann können auch Missstände aufgedeckt werden. Und es müssten Festlegungen des Personalstandards und der Anwesenheit festgeschrieben werden. Dies wäre angebracht bei den Preisen, die der Betroffene aufbringen muss.

Karla Vendt

Impressum:
Die Zeitung wird gefördert durch die GEW Bremen, IG Metall Bremen und ver.di Bremen. Über weitere MitarbeiterInnen würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis DGB-SeniorInnen Bremen
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28, 28195 Bremen

RedaktionsmitarbeiterInnen:
Detlef Dahlke, IGM, Ursula Figge, IGM, Traudel Kassel, ver.di, Hugo Köser, IGM, Inge Markowsky, ver.di, Margot Müller, ver.di, Karla Vendt, ver.di, Günther Wesemann, ver.di, Brigitte Wilkening, ver.di, Hermann Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Manfred Weule
Redaktionsadresse:
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben,
Tel.: 0421 / 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de
e-mail: hugo.koeser@web.de
(Bitte Briefe an beide Adressen zuschicken)

DGB

1. MAI UNSER TAG

1. MAI 2013

GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE.
SOZIALES EUROPA.

1. Mai in Bremen auf dem Domshof

09.00h Ökumenischer Gottesdienst St Johann
Kanzelrede: Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach,
Prof. em. der christlichen Sozialwissenschaft

10.30h Sammeln zur Demonstration
Osterdeich/Ecke Sielwall
Abmarsch: ca. 11.00 Uhr

12.05h Kundgebung auf dem Domshof mit:
Annette Düring, *DGB-Regionsvorsitzende*
Bertin Eichler, *Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Metall*
Catrin Borowski, *DGB Jugend*

1. Mai Fest
mit Livemusik
Essen & Trinken

V.i.S.d.P.: Henner Günther DGB Bremen-Elbe-Weser Bahnhofsplatz 22-28 28195 Bremen

www.dgb.de